

**Schweizer Demokraten
Politisches Programm
für die Legislaturperiode 2003 - 2007**

**Das vorliegende Programm ersetzt das Politische Programm für die
Legislaturperiode 1999 - 2003
SD-Zentralsekretariat: Postfach 8116, 3001 Bern
www.schweizer-demokraten.ch**

Politisches Programm für die Legislaturperiode 2003 - 2007

I. Einleitung

Das Hauptziel der SCHWEIZER DEMOKRATEN liegt darin, die Schweiz als freie, lebensfähige, neutrale und unabhängige Willensnation auf unbegrenzte Zeit zu erhalten. Sie soll als Modell eines föderativen Staatenbundes bei grosser Mitsprache des Volkes auf allen politischen Ebenen in der Form der direkten Demokratie erhalten bleiben.

- Die SCHWEIZER DEMOKRATEN kämpfen für einen gesunden, stabilen und sozialen Lebensraum des Schweizervolkes. Dieses Ziel ist jedoch nur erreichbar, wenn
- weiteres übermässiges Wachstum der Wirtschaft vermieden und damit verbunden weitere Einwanderung minimal gehalten wird und flankierend die Umweltbelastung mit geeigneten Mitteln auf ein verträgliches Mass zurückgeführt wird;
- die Wirtschaft nicht Selbstzweck ist, sondern zur Befriedigung der echten Bedürfnisse des Schweizervolkes eingesetzt wird;
- der Grad der Selbstversorgung erhalten bleibt oder nach Möglichkeit erhöht, das heisst die Abhängigkeit vom Ausland abgebaut wird;
- eine gerechte Sozialordnung bei möglichst grosser individueller Freiheit und Selbstverantwortung verwirklicht wird;
- die Massenmedien der Verpflichtung zur wahrheitsgetreuen und ganzheitlichen Berichterstattung gerecht werden und den berechtigten Ansprüchen des Schweizervolkes auf gültige, nicht einseitige, das heisst nicht absichtlich lückenhafte oder verfälschte, Information dienen.

II. Gestaltung der nationalen Gemeinschaft in Freiheit und nach eigenständigen Vorstellungen

1. Die bevölkerungsmässige Überfremdung

hat ein so hohes Mass erreicht, dass die Assimilierung der Eingewanderten nicht innert nützlicher Frist oder überhaupt nicht mehr möglich ist.

Ausserdem wird dadurch die Bildung von Ausländergettos begünstigt, wobei zwangsläufig eine Abgrenzung gegenüber dem Schweizervolk entsteht. Dies führt zu sozialen Spannungen, Fremdenhass, Abhängigkeit von Auswandererländern und bildet zudem ein schwerwiegendes Sicherheitsrisiko. Unser Land wird zunehmend zum Tummelplatz für die Austragung familiärer und politischer Fehden unter Ausländern.

Wir fordern:

- zielbewussten Abbau der ausländischen Wohnbevölkerung; dieser Abbau ist durch Begrenzung der Einwanderung, Förderung der Rückwanderung und Vermeidung von übermässigem Wirtschaftswachstum in Hochkonjunkturzeiten zu erreichen;
- Kündigung der Niederlassungsverträge mit anderen Staaten;
- Grundbesitz gibt kein Recht auf Niederlassung;

- Bekämpfung der Schwarzeinwanderung durch härtere Bestrafung der Arbeitgeber, die Ausländer illegal beschäftigen.
- das schweizerfeindliche Anti-Rassismogesetz (Maulkorb) ist abzuschaffen;
- kein Ausländerstimm- und Wahlrecht.

2. Die Übervölkerung des Lebensraums Schweiz

ist im Lichte des weltweiten Bevölkerungswachstums gefährlich. Das starke Wachstum der Wohnbevölkerung der Schweiz in den letzten 50 Jahren ist grösstenteils eine Folge der Zuwanderung.

Wir fordern:

- Zurückführung der Wohnbevölkerung im Lebensraum Schweiz auf ein umweltverträgliches Mass;
- Zurückhaltung bei der Bewilligung zur Einwanderung, das heisst eine deutliche Begrenzung der Einwanderung;
- eine Sozial-, Kultur- und Wirtschaftspolitik, die der Notwendigkeit Rechnung trägt, ein weiteres Bevölkerungswachstum in diesem Lebensraum zu verhindern; dabei ist insbesondere zu beachten, dass die Familienplanung nicht bloss die Aufgabe hat, die Bedürfnisse der einzelnen Familien zu befriedigen, sondern auch auf schweizerischer Ebene die erwünschte Geburtenzahl anzustreben;
- eine zurückhaltende Einbürgerungspraxis; für unser übervölkertes Land sind Einbürgerungen nur verantwortbar, wenn die ausländische Wohnbevölkerung laufend mindestens um die Zahl der Einbürgerungen reduziert wird.

3. Die Asylpolitik

der Schweiz hat die Tatsache zu beachten, dass unser Land bereits stark übervölkert und überfremdet ist und deshalb nur eine beschränkte Anzahl echter Flüchtlinge - unter Beachtung des Ziels eines Abbaus der ausländischen Gesamtbevölkerung - aufnehmen kann. Asylrecht bedeutet nur das Recht - und in keiner Weise die Pflicht - eines Staates zur Gewährung von Asyl.

Wir fordern:

- das allzu freizügige Asylgesetz ist zu verschärfen, damit die Schweiz als Asylland ihre Attraktivität für Schein- und Wirtschaftsasylanten aus aller Welt verliert;
- die Schweiz kann Ausländern, die in ihrem Heimatstaat wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Anschauungen an Leib, Leben oder in ihrer Freiheit persönlich gefährdet sind, für die Dauer ihrer Gefährdung vorübergehend Asyl gewähren; dieser Flüchtlingsbegriff darf durch das Gesetz nicht ausgedehnt werden;
- die Schweiz leistet, auch in Zusammenarbeit mit andern Ländern, bedrohten Menschen Hilfe in der Region ihres Heimatstaates; sie unterstützt Bestrebungen, ihnen das Leben im Ausland in einer Zone ohne Gefährdung zu ermöglichen;
- Asylgesuche können nur an gesetzlich bezeichneten Grenzstellen oder bei schweizerischen Vertretungen im Ausland eingereicht werden;
- jedes Asylverfahren wird innert sechs Monaten rechtskräftig abgeschlossen; Zwischenverfügungen und Rekursentscheide sind nicht anfechtbar;
- während des Asylverfahrens sind die Asylbewerber in Sammelunterkünften unterzubringen; auf Bargeldleistungen ist zu verzichten; den Asylbewerbern sind keine Arbeitsbewilligungen zu erteilen; statt dessen sind sie zu unentgeltlicher, gemeinsamer Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit anzuhalten;
- Asylbewerber haben keinen Anspruch auf Kinderzulagen;
- straffällige Asylbewerber sind asylunwürdig;

- der Schutz der Schweizergrenze vor illegalen Eindringlingen ist wirksam zu verstärken (personelle Aufstockung des Grenzwachtkorps, Einsatz moderner elektronischer Überwachungsgeräte, Ausbildung und Einsatz von Armee-Einheiten),
- illegal eingereiste Asylbewerber und solche, deren Gesuch rechtskräftig abgewiesen worden ist, werden umgehend und ohne Beschwerdemöglichkeit aus der Schweiz weggewiesen; der Bund sorgt in Zusammenarbeit mit den Kantonen für den Vollzug;
- keine Gemeinde kann verpflichtet werden, Asylbewerber in eigene Obhut aufzunehmen;
- Verbot der Kündigung von Wohnraum zwecks Unterbringung von Asylanten;
- Schlepperorganisationen und Personen, die abgewiesene Asylbewerber illegal beherbergen, sind konsequent zu verfolgen und schärfer zu bestrafen.

4. Der Ausverkauf der Heimat

gefährdet nebst unserer Unabhängigkeit auch das Gast- und Tourismusgewerbe und treibt die Bodenpreise in die Höhe.

Wir fordern:

- Grundeigentum oder andere Rechte, die eine dem Grundeigentümer ähnliche Stellung verschaffen, können grundsätzlich nur erworben werden:
- von natürlichen Personen, die legalen Wohnsitz in der Schweiz haben,
- von juristischen Personen oder vermögensfähigen Gesellschaften ohne juristische Persönlichkeit, sofern ihr Grund- und Fremdkapital zu mindestens 75 Prozent in den Händen von Personen mit Niederlassung und Wohnsitz in der Schweiz liegt.

5. Die kapitalmässige Überfremdung

ist einzudämmen, da damit eine weitere Gefährdung der Unabhängigkeit verbunden ist.

Wir fordern:

- Reform des Aktienrechts, namentlich auch Abschaffung des stellvertretenden Stimmrechts an Aktionärsversammlungen (Abschaffung des Depotstimmrechts, Stimmberechtigung ist an die Versteuerung des Aktienkapitals in der Schweiz zu binden);
- Abwehr von Fluchtgeldern, insbesondere aus Drittweltstaaten, die dem guten Ruf des Finanzplatzes Schweiz schaden;
- strikte Verfolgung und Bestrafung der Geldwäscherei (Drogengelder usw.).

6. Der Verlust der eigenen Kultur

bedroht unser Selbstverständnis und unterhöhlt unseren nationalen Selbstbehauptungswillen.

Wir fordern:

- Schutz und Förderung der christlich-abendländischen Kultur, welche das Fundament unserer Ethik und Moral ist;
- Massnahmen gegen die sprachliche Verwilderung;
- Garantie der herkömmlichen Sprachgebiete von Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch;
- Förderung unserer vier Nationalsprachen;
- Bekämpfung der Veränderung und Verschiebung von Kantonsgrenzen ausser dem Abtausch gleichwertiger Gebiete;
- wirksamen Schutz der schweizerischen Kulturgüter und des Brauchtums;
- Pflege des schweizerischen Geschichtsbewusstseins;

- Bekämpfung von Ideologien, die unser staatliches Eigenleben gefährden;
- Ausbau und Vertiefung der Kontakte zwischen den Kulturen unserer vier Nationalsprachen, speziell in den mehrsprachigen Kantonen;
- Verbot politischer Betätigung von Ausländern und Ausländerorganisationen in der Schweiz.

III. Der Schutz des Menschen und der Umwelt bilden eine Einheit

1. Der Lebensraum ist Wohn-, Erholungs- und Wirtschaftsraum

Er ist bedroht durch übermässiges Wirtschaftswachstum und eine damit verbundene Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung. Es ist eine Tatsache, dass jeder

zusätzliche Einwohner, ob In- oder Ausländer, die Natur belastet. Der Lebensraum wird ausserdem bedroht durch schlecht an die Naturkreisläufe angepasste Technik und den zunehmenden materiellen Konsum. Zudem verkümmern immer mehr die geistigen Werte.

Wir fordern:

- wirksame Massnahmen zum Schutze der Natur (Wasser, Luft und Boden) und zur Pflege der Landschaft;
- Beachtung der Grundregel «Qualität statt Quantität»;
- Vermeidung von Belastungen und Schäden statt Flickwerk (Umweltschutz- statt Umweltreparaturpolitik);
- kreislaufgerechte Herstellungs- und Verbrauchsverfahren mit Wiederverwertung und damit Abkehr von der Wegwerf- und Verschwendungsgesellschaft;
- Einführung einer Steuer auf Luxusgütern;
- menschlich überschaubare Gemeinschaften (z. B. lebensfähige Dörfer) anstelle der fortschreitenden Verstädterung;
- besserer sozialer Ausgleich zwischen sozial starken und schwächeren Siedlungsgebieten;
- Vermeidung des Abbruchs von Altliegenschaften, die noch in gutem baulichen Zustand sind oder in welchen durch sanfte Renovierung wieder zweckmässiger und günstiger Wohnraum geschaffen werden kann; Förderung durch gesetzliche und steuerliche Mittel;
- keine weitere Zweckentfremdung von Wohnraum;
- Linderung der Wohnungsnot durch Förderung des genossenschaftlichen Wohneigentums;
- Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums;
- angemessene Besteuerung von nicht regelmässig bewohnten Zweitwohnungen.

2. Sozialpolitik

Der Mensch steht im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Sozialfürsorge. Sämtliche Produktions-, Wirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe haben sozialpolitische Verantwortung zu tragen. Das allein genügt aber nicht; konkrete Massnahmen müssen besonders unterstützt werden.

Wir fordern:

- Förderung der sozialen Eigenverantwortung;
- gesunde Lebenseinstellung durch Erziehung zu einem Leben frei von Konsumzwang und Sucht;
- Einschränkung des Konsums auf Kredit;
- Verbot der Werbung für Kleinkredite;
- Förderung des Wohnungsangebots mit einfachem Komfort für Bezüger bescheidener Einkommen;

- Schutz und Förderung der Ehe, Familie und Bekämpfung der gesellschaftlichen Absonderung der verschiedenen Generationen (keine Gettobildung der Jugend und der Senioren);
- Einführung des flexiblen und geschlechtsneutralen AHV-Pensionierungsalters zwischen 60 und 65 Jahren; die Leistungen/Renten des BVG sind auf dem heutigen Niveau zu sichern (Stand Jahr 2002).

3. Die Energiepolitik

darf sich nicht nach den vermeintlich zwingenden Bedürfnissen von Wirtschaft und Konsumenten richten, weil der Energieverbrauch ohne wirksamen Gegendruck stetig zunehmen wird. Vielmehr muss die Forschung Wege aufzeigen, wie der Energieverbrauch verringert werden kann. Mehrverbrauch belastet die Umwelt.

Je mehr Energie in ein System eingeführt wird, umso mehr wird dessen Wachstum angeheizt und umso störungsanfälliger wird es.

Wir fordern:

- Förderung von Wärmeisolationen an Gebäuden und Anlagen;
- Einführung einer sozialen Energieverbrauchssteuer;
- Abschaffung der Mengenrabatte bei allen Energieträgern;
- Vermeidung unnötiger Klimaanlage;
- Förderung energiesparender Techniken, zum Beispiel Wärmekraftkopplung, Wärmepumpen, Nutzung der Sonnenenergie für die Warmwasseraufbereitung;
- schrittweisen Ersatz der umweltschädlichen Energieerzeugung aus erschöpfbaren Quellen (fossile Energieträger, Uran) durch umweltfreundlichere und erneuerbare Quellen (Holz, Wasser, Sonne, Wind, Erdwärme);
- Bauten mit Sonnenkollektoren;
- Ausbau und Erneuerung älterer Wasserkleinkraftwerke;
- mittelfristiger Ausstieg aus der Atomenergie.

4. Verkehrspolitik

Was für die Energiepolitik gilt, gilt auch für die Verkehrspolitik: Sie darf sich nicht nach den steigenden vermeintlichen Bedürfnissen der Verbraucher richten, sondern muss wegweisend sein, hin zu weniger und zu energieschonenderem Verkehr.

Dazu müssen einige wichtige Grundsätze beachtet werden: Weltweit sind die Frachtkosten viel zu gering, das heisst sie decken nicht die Kosten für den Transportweg und für die verursachten Umweltschäden. Es ist unfug, Massengüter, die lokal produziert und verbraucht werden könnten, dank billiger Frachtkosten und niedriger Löhne über Tausende von Kilometern hinweg zu transportieren. Zuviel internationaler Transitverkehr (40 Tönnner) verstopft unsere Strassen und Autobahnen zum Nachteil unseres landesweiten Strassenverkehrs.

Wir fordern:

- Verminderung der Verkehrs- und Transportbedürfnisse (Dezentralisierung);
- Förderung des öffentlichen Verkehrs, insbesondere des umweltfreundlichen Eisenbahnverkehrs, sowohl für Güter als auch für Personen unter
- Einführung gerechter Wettbewerbsverhältnisse zwischen Strasse und Schiene;
- Der Individualverkehr muss längerfristig sämtliche Kosten decken (Strassenbau, Lärmbekämpfung, Luft- und Abwasserreinigung, Beseitigung de
- Ölrückstände und der Altwagen, Versorgung der Unfallopfer);
- steuertechnische Anreize zum Wohnen in der Nähe des Arbeitsplatzes;
- konsequente Umsetzung der Alpeninitiative.

5. Die Gesundheits- und Drogenpolitik

ist als umfassende Sorge um das Wohlbefinden des Menschen - sowohl in der Gesellschaft als auch als Einzelwesen - zu verstehen. Körperliche Ertüchtigung, Pflege seelischer Werte und Förderung der geistigen Fähigkeiten sind für das Wohl des Menschen wesentlich. Jeder Mensch soll sich auch in diesem Bereich seiner Eigenverantwortung bewusst sein.

Wir fordern:

- bewusste Erziehung zur gesunden Lebensweise;
- dringend verbesserte Aufklärung über die Folgen des Drogen-, Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenmissbrauchs sowie Verbot der Werbung für Suchtmittel;
- wirksame strafrechtliche Verfolgung und schärfere Bestrafung der Drogenhändler;
- konsequente Eliminierung von offenen und verdeckten Drogenszenen durch polizeiliche Mittel;
- Schaffung geschlossener Drogenkliniken; genügend Therapieangebote mit dem Ziel der Suchtfreiheit und mit sozialer Nachbetreuung;
- keine Legalisierung von harten und weichen Drogen;
- keine Drogen- oder Ersatzdrogen-Abgabe durch den Staat;
- bestmöglicher Schutz der Bevölkerung vor Krankheiten und Seuchen wie AIDS, Hepatitis; Anwendung der Seuchengesetzgebung; gegebenenfalls unterstützen wir Zwangsmassnahmen;
- Förderung des aktiven Sports und des Wanderns als Ausgleich zur bewegungsarmen Lebensweise;
- vernünftige Begrenzung des technischen Aufwands in der Intensivmedizin unter Berücksichtigung des Anspruchs auf ein menschenwürdiges Sterben;
- freie Wahl des Arztes oder des Heilpraktikers; die Berufsausübung von Heilpraktikern soll - bei reduzierter Entschädigung - unter Auflagen gewährleistet sein;
- Anerkennung natürlicher Heilverfahren und Heilmittel;
- Förderung von Gesundheitskassen (Bonussystem, HMO) anstelle von Krankenkassen;
- Verbot gentechnischer Eingriffe in die Keimbahn mit Ausnahme solcher, die der Bekämpfung von Erbkrankheiten dienen;
- Förderung der Hauskrankenpflege (Spitex).

6. Die Arbeitswelt als wichtigen Teil des menschlichen Lebens

Wir fordern:

- menschengerechte Arbeitsplätze, sinnvolle Arbeitsaufteilung und gute Ausbildung mit dem Ziel, die Arbeit für den Menschen auch in der heutigen Wirtschaft anregend, abwechslungsreich und somit befriedigend zu gestalten; die Arbeitswelt ist eine partnerschaftliche Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die gegenseitig befruchtend sein sollte; dies bedeutet einvernehmliche Problemlösungen zwischen den Partnern («Arbeitsfriedensabkommen»);
- umfassende Orientierung über das Unternehmen und Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene.

IV. Landwirtschaftspolitik

Eine weitgehende landeseigene Versorgung mit den Grundnahrungsmitteln ist in Anbetracht des ungebrochenen Weltbevölkerungswachstums als Fernziel unumgänglich.

1. Der unbedingte Schutz des Kulturlandes

ist vordringlich.

Wir fordern:

- Begrenzung der Gesamtfläche der Industrie-, Wohn- und Verkehrsbauten.

2. Die Förderung der einheimischen Landwirtschaft

ist eine Voraussetzung für die Überlebenssicherung unseres Volkes. Für eine genügende Selbstversorgung benötigen wir naturnahe Verfahren in Familienbetrieben.

Wir fordern:

- Übergang von industriellen zu naturnahen landwirtschaftlichen Produktionsverfahren; Förderung des biologischen Anbaus; konsequente Deklarationspflicht;
 - Wiederbelebung der Berglandwirtschaft;
 - Aufhebung des Rationalisierungszwangs;
 - Entschuldung der Landwirtschaft;
 - Verbot der bodenunabhängigen, industriellen Nutztierhaltung und bodenunabhängiger Pflanzenkulturen;
 - Verbot der Anwendung wachstumsfördernder Mittel für Tiere;
 - Verbot der Freisetzung gentechnisch veränderter Tiere und Pflanzen;
 - saisongerechtes Konsumverhalten der Konsumenten
-
- Schutz und Förderung der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe und der mittleren und kleineren Betriebe;
 - ausreichend Kulturland für die Anlage von Familiengärten (Schrebergärten);
 - besserer Agrarschutz an der Grenze.

V.Bildung, Forschung, Information - Grundlagen der Persönlichkeitsentfaltung

1. Bildung ist in erster Linie allgemein-menschliche Bildung und Persönlichkeitsentfaltung

Sie ist auf persönliche Freiheit, Verantwortungsbewusstsein der Lehrer gegenüber dem eigenen Land und Volk sowie der Umwelt und auf die Mitsprache und Mitwirkung der Eltern zu gründen. Sie umfasst Geist, Seele und Körper:

Wir verlangen in den überfremdeten Gemeinden eigene Schulklassen für unsere Kinder und die sprachlich-kulturell integrierten Ausländerkinder, die infolge des zunehmenden Ausländerzustroms immer mehr benachteiligt und diskriminiert werden.

Wir fordern:

- Entwicklung des ganzheitlichen Denkens in Zusammenhängen;
- allgemeine Verbreitung moderner Ernährungs- und Gesundheitslehren zur Hebung der Volksgesundheit;
- Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrerschaft;
- handwerklichen, gärtnerischen und hauswirtschaftlichen Unterricht sowie Förderung der handwerklichen Berufe;
- erhöhte Anforderung an Leistung und Betragen an Schulen;
- Kontingentierung der Studienplätze; Ermitteln des Bedarfs von Studienabsolventen
- nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen und Planung der Kapazitäten; Einführung des Numerus Clausus an Fakultäten mit Überbelegung;
- Kontingentierung der Studienplätze für Ausländer;
- unwiderrufliche Verpflichtung von Ausländern aus Osteuropa und der Dritten Welt, nach Studienabschluss in ihre Heimat zurückzukehren (Entwicklungshilfe);
- Vereinheitlichung des Stipendienwesens und Schutz vor Missbräuchen durch Leistungsausweise und gewisse Rückzahlungspflichten;
- Beschränkung der zulässigen Studienzeit an Hochschulen;
- Ausbau der freiwilligen Erwachsenenbildung und des zweiten Bildungswegs;

- Förderung guter Literatur in unseren vier Nationalsprachen;
- Einrichtung und Förderung von Bibliotheken;
- Bekämpfung der internationalistischen Beeinflussung in den Schulen.

2. Die wirtschaftsunabhängige Forschung

ist zu fördern, insbesondere die auf das Gemeinwohl ausgerichtete Überlebensforschung.

Wir fordern:

- Ausarbeitung eines Langzeitprogramms für die Überlebenssicherung;
- Entwicklung der Kreislaufwirtschaft;
- Unterstützung der landwirtschaftlichen Forschung, besonders für naturnahe Produktionsmethoden;
- Durchsetzung der Gesetzesbestimmungen für die artgerechte Tierhaltung;
- Beschränkung der Tierversuche auf das unumgängliche Mindestmass, dafür vermehrte Entwicklung von Alternativverfahren;
- Entwicklung von Verfahren zur Ermittlung und Zurechnung der Gemeinkosten (soziale Kosten); Abgeltung durch entsprechende Abgaben;
- Schaffung von Lehrstühlen für umweltschonende Technologien;
- Förderung lebender Museen über althergebrachte Handwerks- und Lebensformen.

3. Die Information durch die Massenmedien

hat möglichst vollständig zu sein. Insbesondere sind die elektronischen Medien Radio und Fernsehen vor der Gefahr der einseitigen Beeinflussung durch Gruppen oder Personen zu bewahren.

Wir fordern:

- wahrheitsgetreue, umfassende Berichterstattung über die parlamentarischen Beratungen;
- monatlich mindestens zehn Minuten Sendezeit für jede in der Bundesversammlung vertretene Partei an Radio und Fernsehen, über die sie zum Kontakt mit dem Bürger frei verfügen kann;
- in Radio und Fernsehen eine ausgewogene Darstellung der Argumente beider Seiten bei politischen Streitfragen, die an der Urne zum Entscheid hängig sind.

VI. Schluss mit der Wachstumsgläubigkeit

1. Sicherung der Vollbeschäftigung für schweizerische Arbeitskräfte

Der Wachstumswang der in- und ausländischen Wirtschaft und die Einführung neuer Techniken birgt die Gefahr von Beschäftigungseinbrüchen in sich.

Wir fordern:

- Gesetzlichen Schutz und Vorrang der schweizerischen Arbeitskräfte und der Schweizer Lehrlinge/Lehrtöchter vor ausländischer Konkurrenz;
- Revision von Bundesverfassung (BV) und Ausländergesetz (ANAG) zwecks Verbesserung dieses Schutzes;
- Massnahmen zur Wiedereingliederung arbeitsloser Schweizer (Fortbildung, Umschulung);
- Bekämpfung der neuen Armut;

- menschenwürdige Arbeitsplätze, die den Menschen nicht zur Maschine degradieren.

2. Die Erhaltung einer kaufkraftbeständigen Währung

ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Dabei ist zu unterscheiden zwischen sachbedingter und inflationärer Verteuerung von Waren und Dienstleistungen.

Wir fordern:

- grundsatztreue Geld- und Kreditpolitik mit dem Ziel einer kaufkraftbeständigen Währung;
- Ausgabe indexgesicherter Bundesanleihen an Schweizer Kleinsparer;
- Niedrigzinspolitik durch die Nationalbank;
- Beibehaltung des Schweizer Frankens und des Bankkundengeheimnisses

3. Umweltgerechtes Wirtschaften und umweltgerechte Techniken

sind zielstrebig zu fördern. Sie haben sich nach den ökologischen Grenzen und der langfristigen tragbaren Bevölkerungszahl zu richten.

Wir fordern:

- konsequente Anwendung des Verursacherprinzips zur Deckung der durch Umweltbelastung entstandenen Kosten (soziale oder externe Kosten, Verrechnung dieser Kosten);
- vorrangige Befriedigung lebenswichtiger und geistig-kultureller Bedürfnisse vor materiellen Luxusbedürfnissen.

4. Ausgleich der öffentlichen Haushalte

Wir fordern:

- Ausrichtung der öffentlichen Voranschläge auf die langfristigen Bestrebungen zur Förderung der Qualität des menschlichen Lebens im Rahmen einer gesunden Umwelt bei finanziellem Gleichgewicht der öffentlichen Hand.

5. Die Machtballung und Globalisierung in der Wirtschaft

gefährdet die Freiheit.

Wir fordern:

- bewusste Förderung kleiner bis mittlerer, privat oder genossenschaftlich organisierter Betriebe durch eine geeignete Gesetzgebung;
- Steuervorteile und Abschreibungserleichterungen bei Neugründung privater oder genossenschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe;
- Entflechtung der Güterversorgung und -verteilung und Verhinderung neuer Zentralisierungen; Fusionen von Grosskonzernen sind zu verbieten;
- umfassende Preisüberwachung der Mieten und Hypothekarzinsen; Abschaffung der ausserstaatlichen Monopole und Kartelle. Bahn, Post und Energie gehören mehrheitlich vom Staat verwaltet;
- Manager sollen für volkswirtschaftliche Schäden, die sie verursacht haben, finanziell zur Verantwortung gezogen werden.

6. Die Milderung unterschiedlicher Steuerbelastungen

ist eine Voraussetzung einer vernünftigen Siedlungspolitik unter Vermeidung weiterer Bevölkerungsballung in bereits überfüllten Gebieten.

Wir fordern:

- Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen und innerhalb der Kantone zwischen den Gemeinden (Verbot von Steuerabkommen);
- Abschöpfung der realisierten, die reale Werterhaltung des angelegten Kapitals übersteigenden Grundstückgewinne,
- Grundstückgewinnsteuern sind grundsätzlich zum Ankauf von Boden durch die Gemeinden zu verwenden,
- keine steuerliche Begünstigung für das Konkubinats;
- die unsoziale Mehrwertsteuer darf nicht erhöht werden.

VII. Sicherheitspolitik entspricht einem menschlichen Bedürfnis

Der schweizerische Kleinstaat bietet eine gute Grundlage für die Entwicklung einer menschengerechten Gemeinschaft, die auch in Notzeiten durchhalten kann. Er ist deshalb verteidigungswürdig.

1. Die Sicherung des Überlebens

in den voraussehbaren ökologischen und weltpolitischen Schwierigkeiten ist nur gewährleistet, wenn es gelingt, die allzu starke wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Staaten und vom Welthandel abzubauen.

2. Aus der bewaffneten Neutralität

ergeben sich Verpflichtungen, zu deren Erfüllung wir eine kampfkraftige, gut ausgerüstete Armee benötigen, die die Fähigkeit hat, das Land wirksam zu schützen.

Wir fordern:

- bessere Ausbildung und der heutigen Wehrtechnik angepasste Ausrüstung unseres Milizheeres, die jeden möglichen Feind vor einem Angriff abschrecken, weil er mit einem zu hohen Eintrittspreis in unser Land rechnen muss;
- Sicherung einer angemessenen Rüstungsindustrie,
- Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht;
- schärfere Bestrafung der Zivilschutzverweigerer;
- geeignete Massnahmen zur Stärkung des Willens, für unser Land die nötigen Opfer zu bringen;
- einen den persönlichen Möglichkeiten angepassten Ersatzdienst für Männer, die weder in der Armee noch im Zivilschutz eingeteilt sind;
- Bekämpfung des Eindringens staats- und armeefeindlicher Personen in unsere öffentlichen Institutionen;
- eine fachlich und psychologisch bestens ausgebildete, für den Fall innerer Unruhen genügend dotierte Polizei.;
- verstärktes Handeln der Polizei und der Justiz gegen Überfälle, Einbrüche, des organisierten Verbrechens; Sexualstraftäter und Mörder sind härter zu bestrafen.

3. Die politische Neutralität

ist die unserem Kleinstaat angemessene Haltung in der Aussenpolitik.

Wir fordern:

- eine grundsatztreue Neutralitätspolitik;

- Verzicht auf den Beitritt in die EU; kein Abschluss völkerrechtlicher Verträge mit ähnlicher Wirkung sowie kein Einsatz von Schweizer Militär im Ausland;
- Ausschöpfen der Möglichkeiten zur internationalen Friedenssicherung;
- Hände weg von der NATO.

VIII. Das Schicksal der Schweiz ist mit dem Schicksal anderer Länder verknüpft

Die Schweiz leistet für die Welt am meisten, wenn sie die Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt vermindert und so einen echten Beitrag zur Sicherung des menschlichen Lebens erbringt.

1. Das Verhältnis zu Europa

sollte als Zusammenarbeit in föderalistischem Sinne und in Freiheit gestaltet werden. Die arbeitsteilige Wirtschaft nach EU-Muster entspricht keinesfalls den Bedürfnissen der Zukunft.

Wir fordern:

- Aufbau eines Europas der Vaterländer nur für Europäer;
- ein Europa bestehend aus souveränen Nationen, die ihre Identität bewahren und gegenseitig ihre Unabhängigkeit respektieren;
- Pflege des gemeinsamen europäischen Geschichts- und Kulturbewusstseins;
- Verzicht auf einen EU-Beitritt, weil dies eine Aufgabe unserer direkten Demokratie (Initiative und Referendum) und des Föderalismus bedeuten würde; zudem wären auch unsere Neutralität und unsere Landwirtschaft gefährdet; bei einem EU-Beitritt würden Heere von Arbeitssuchenden in die Schweiz drängen;
- Verzicht auf einen Beitritt zur europäischen Sozialcharta.

2. Die internationale Zusammenarbeit

soll vom Willen getragen sein, eine ökologisch richtige Ordnung zu entwickeln.

Wir fordern:

- bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe bei
- der Familienplanung und Bevölkerungsstabilisierung,
- der Vermittlung einfachen, den örtlichen Gegebenheiten angepassten Handwerks,
- der Verbreitung naturnaher landwirtschaftlicher Produktionsverfahren;
- Entwicklungshilfe ist von bevölkerungspolitischen Anstrengungen der Empfängerländer und ihrer Bereitschaft zur Aufnahme von Asylbewerbern aus ihrem
- eigenen Kulturkreis abhängig zu machen;
- Beachtung der besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer in unserer Aussenwirtschaftspolitik;
- Einsatz im Sinne des bewussten Kampfes gegen den Export umweltzerstörender Verfahren und Kulturen der Industrieländer in die Dritte Welt;
- Einsatz im Sinne der Mithilfe bei der Entwicklung und Durchsetzung einer Überlebensstrategie für die Menschheit.

Kurzportrait der Schweizer Demokraten (SD)

Die SCHWEIZER DEMOKRATEN wurden 1961 unter dem Namen "Nationale Aktion" gegründet und verfügen heute praktisch in allen Kantonen über eigene Sektionen. Sie

sind im Nationalrat sowie in mehreren Kantons-, Stadt- und Gemeindeparlamenten vertreten. Die Partei ist nach demokratischen Grundsätzen organisiert und wird vom Zentralvorstand geleitet. Das ausführende Organ ist die Geschäftsleitung mit dem Zentralpräsidenten an der Spitze. Die oberste Behörde ist die schweizerische Delegiertenversammlung.

Die Partei gibt monatlich die Zeitung "Schweizer Demokrat" heraus; ein Teil der Zeitung erscheint unter dem Namen "Démocrate Suisse" in französischer Sprache.

Die politischen Ziele der SCHWEIZER DEMOKRATEN sind vom absoluten Willen getragen, die Schweiz als freie, lebensfähige und unabhängige Willensnation auf unbegrenzte Zeit zu erhalten. Wirtschafts-, Gesellschafts- und Einwanderungspolitik müssen dem Ziel dienen, einen gesunden, stabilen und sozialen Lebensraum als Heimat für unser Schweizervolk zu schaffen.

Das vorliegende Politische Programm der Schweizer Demokraten für die Legislaturperiode 2003 bis 2007 wurde am 7. Dezember 2002 vom SD-Zentralvorstand mit 24 : 0 Stimmen genehmigt.